



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

20. Jg. Nr. 1
25. Februar 2014

Editorial

Hilfe im Sterben

Die Debatte um ein gesetzliches Verbot der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung wird in den nächsten Monaten in ihre entscheidende Phase treten. Zwei Dinge sind besonders wichtig.

Einmal geht es darum, jede Form der organisierten Suizidbeihilfe, ob gewerbsmäßig oder unentgeltlich betrieben, zu verbieten. Es gibt nämlich feine, aber entscheidende Unterschiede. Das Verbot der gewerbsmäßigen Suizidbeihilfe ist in Deutschland ziemlich unbestritten. Aber es gibt Organisationen, die zwar im strengen Sinne nicht "gewerbsmäßig" arbeiten, aber durch Spenden und auf anderen Wegen doch organisiert entsprechende Angebote machen. So zahlt man bei manchen kein Geld für eine Dienstleistung, aber der Mitgliedsbeitrag des Vereins ist so hoch, wie der ansonsten zu entrichtende Betrag. Wenn nur die gewerbsmäßige Förderung der Selbsttötung strafbar wäre, würde ein solches Gesetz auch solchen Organisationen, die in Deutschland schon heute in organisierter Form Suizidbeihilfe anbieten und zum Teil aggressiv dafür werben, keine entschiedenen Grenzen setzen. Jetzt ist ein Kairos, um in dieser Sache Flagge zu zeigen und wenn notwendig auch zu streiten.

Das zweite ist in diesen Wochen ebenso wichtig: mit Nachdruck für eine Verbesserung der Situation schwerstkranker und sterbender Menschen einzutreten. Diese Menschen brauchen einen verbesserten Zugang zu Hospizen und zur Palliativmedizin. "Palliative care" muss ein Schwerpunkt der Gesundheitspolitik werden. Das ist echte Hilfe im Sterben.

Stefan Vesper

Inhalt

- Schulqualitätsentwicklung** _____ 2
Was macht eine gute Schule aus?
[Klaus Mertes SJ](#)
- Vom Pflichtdienst zum
Freiwilligendienst** _____ 4
Erfolgreicher Paradigmenwechsel
[Michael Bergmann](#)
- Nächstenliebe verlangt Klarheit** ____ 6
Rechtsextremismus aus christlicher
Überzeugung bekämpfen
[Lisi Maier und Simon Rapp](#)
- Bischof in dieser Zeit** _____ 8
Wesentliches und Zeitbedingtes
unterscheiden
[Hans Joachim Meyer](#)
- Mit Christus Brücken bauen** _____ 10
In Gesellschaft und Kirche
[Alois Glück](#)
- SET-FREE erhält den Preis der
Deutschen Katholikentage** _____ 12
Auszeichnung für Engagement im
Resozialisierungsprozess
[Eva Maria Plettenberg](#)

2 Bildung Schule

Schulqualitätsentwicklung

Was macht eine gute Schule aus?

Die bildungspolitische Diskussion wird seit einigen Jahren dominiert von Evaluierungsprozessen wie Pisa. Diese Sicht greift zu kurz. Schule braucht mehr, um wirklich gute Schule zu sein.

Schule muss sich selbst evaluieren

Die schulischen Qualitätsentwicklungsprozesse werden heute verstärkt durch Evaluationsprozesse angestoßen. Evaluationen ermöglichen Qualitätsentwicklungsprozesse, wenn sie von der Schule selbst, insbesondere von der Leitung und dem Kollegium, mitgetragen und nicht bloß als äußere Pflichtübung erduldet werden, an deren Ende ein Bericht vorliegt, den man in der Schublade ablegen kann. Im besten Fall stoßen Evaluationen in den Schulen Reflexionsprozesse in Bezug auf Strukturen, Unterrichtsgestaltung und Schulprofilierung an, die von der Schule – Kollegium, Elternschaft, Schülerschaft – dann auch mitgetragen werden. Beispiel: Eine Schule führt ad experimentum Doppelstunden statt des bisherigen 45-Minuten-Taktes ein. Die Erfahrungen werden in einer Lehrer-, Eltern- und Schülerbefragung evaluiert, auf deren Grundlage das Lehrerkollegium über das Experiment entscheidet. Eine Schule wäre dann nicht deswegen eine gute Schule, weil sie im 90- statt im 45-Minuten-Takt unterrichtet, sondern weil ihrer Entscheidung ein Evaluations- und Reflexionsprozess vorgeschaltet wurde.

Externe und interne Reflexion müssen verbunden werden

Eine gute Schule setzt sich in ein kritisches Verhältnis zu den Kriterien, unter denen sie evaluiert wird – "kritisch" im Sinne von "unterscheidend". Man kann es auch so formulieren: Externe Evaluationsprozesse kommunizieren mit internen Reflexionsprozessen. Schule schätzt sich unter Wert ein, wenn sie sich bloß als "Objekt" einer Auswertung von außen versteht. Vielmehr setzt sie die Kriterien, unter denen sie evaluiert wird, in ein Verhältnis zum Gesamtgeschehen in der Schule, das als Ganzes niemals erschöpfend evaluiert werden kann. Dass es sich so verhalten muss, hängt mit der Zielorientierung von Bildung zusammen: Bildung ist

nicht messbares Produkt, auch dann nicht, wenn es "outputs" gibt, die messbar sind. Beispiel: Die von der OECD derzeit vorgegebenen "Kompetenzen" stellen im besten Fall nur einen Ausschnitt des schulischen Bildungsauftrags fest. Würde sich Schule auf diese Kompetenzen beschränken, um sie als Kriterien für eine "gute Schule" zu Grunde zu legen, fielen wesentliche Elemente schulischer Bildung wie ästhetische Bildung, Kulturwissen, ethische Urteilskraft etc. weg. Man kann nach bestimmten Kriterien eine "gute Schule" sein und wegen der Beschränkung auf eben diese Kriterien eine "schlechte Schule" werden.

Beziehung fördern durch Wertschätzung und Führung

Eine gute Schule entscheidet sich am guten Lehrer-Schüler-Verhältnis. Die Hirnforschung bestätigt inzwischen die intuitive Lehrerkenntnis, dass der Unterrichtserfolg weniger an der angewandten Unterrichtsmethode als vielmehr an der Qualität des Lehrer-Schüler-Verhältnisses liegt. Kinder und Jugendliche brauchen Beziehung, um Motivation zu entwickeln, Wertschätzung (durch persönliche Zuwendung) und Führung (auf der Basis der Begeisterung der Lehrenden für ihr Fach) im Rahmen eines richtig austarierten Verhältnisses von Nähe und Distanz. Eine gute Schule achtet deswegen auf Lehrer und Lehrerinnen, die Kinder und Jugendliche grundsätzlich wertschätzen; die zugleich für ihr Fach brennen; die für die erzieherischen Fragestellungen im schulischen Alltag offen sind und sich in diesem Sinne über den Unterrichtalltag hinaus engagieren. Eine gute Schule öffnet auch deswegen neben dem Unterricht weitere Räume des Lernens und Begegnens (Projekte, Praktika, Fahrten). Sie verfügt über einen Verhaltenskodex in Bezug auf die angemessene Nähe und Distanz zwischen Lehrenden und Lernenden, Erwachsenen und Schutzbefohlenen.

Bildungsgerechtigkeit entsteht durch Unterstützung

Eine gute Schule minimiert den Zusammenhang zwischen sozialer Schülerkomposition und Lernerfolg. Die Frage nach der Bildungsgerechtigkeit reduziert sich nicht nur auf die Frage nach der Zugänglichkeit der Schule überhaupt – das sowieso –, sondern bleibt im Schulalltag gegenwärtig. Je mehr Lernaufträge auf "Hausaufgaben" verlagert werden, umso mehr müssen Unterstützungsmaßnahmen angeboten werden, für diejenigen Schüler, die nicht aus einem unter-

stützenden Haus kommen. Zur Bildungsgerechtigkeit in der Schule gehört auch die Umsetzung des Prinzips, dass die Teilnahme an schulischen Veranstaltungen und Angeboten nicht am Geldbeutel des Elternhauses scheitern darf. Deswegen müssen Schulen darauf achten, dass die Kosten für Lernmittel, Fahrten etc. grundsätzlich bescheiden bleiben. Antragsverfahren für Preisreduktionen und -erlasse müssen ohne großen bürokratischen Aufwand und mit Diskretion für die beantragenden Eltern zugänglich sein. Ähnliches gilt mutatis mutandis für das Thema Inklusion: Eine gute Schule öffnet sich dem Thema Inklusion und stellt den Lehrenden und Lernenden die Mittel und das Personal zur Verfügung, die helfen können, Exklusion zu minimieren.

Prävention gegen Gewalt und mehr

Eine gute Schule schaut bei Gewalt nicht weg, sondern schreitet gegen Gewalt ein. Dazu bedarf es zum einen der Ausstattung der Schule mit den nötigen Macht- und Entscheidungskompetenzen, um gegen Gewalt einschreiten zu können, notfalls schnell und effektiv. Zum anderen bedarf es der nötigen sachlichen Kompetenz, Verfahrenstransparenz und Persönlichkeitsstärke seitens der pädagogischen Entscheider, um nicht durch die Art und Weise des Einschreitens das Problem der Gewalt kontraproduktiv zu vergrößern. Neben der Intervention gegen Gewalt gehört die Frage nach der Gewaltprävention in das Programm einer guten Schule. Dabei ist die Präventionsfrage nicht nur defensiv aus der Verhinderungsperspektive heraus zu stellen, sondern positiv in ein Programm des sozialen Lernens integriert, das seinen Sinn in sich selbst hat. Beispiel: Auf Besinnungstagen Achtsamkeit in der Sprache und im Verhalten einzuüben hat auch eine präventive Wirkung; aber diese Wirkung ist nicht der (alleinige und entscheidende) Grund dafür, warum Besinnungstage veranstaltet werden. Das Gesagte gilt auch für andere Präventionsthemen wie Suchtprävention und ähnliches.

Bildung muss mehr als Ausbildung sein

Non scholae, sed vitae discimus: Schulische Bildung vermittelt über ein anspruchsvolles Curriculum Kenntnisse und Kompetenzen, die langfristig bedeutsam sind: Sprachkenntnisse (einschließlich Fremdsprachen), selbständiges Denken und Urteilsfähigkeit, musisch-künstlerische Kompetenzen, Allgemeinbildung einschließlich der Auseinan-

dersetzung mit den großen Menschheitsfragen bis hin zur Frage nach Gott. In diesem Sinne beansprucht sie mehr zu leisten als "Ausbildung". Basiskompetenzen wie Rechnen, Lesen, Schreiben sind notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzungen, um das Bildungsziel zu erreichen. (Dasselbe gilt für den Umgang mit den neuen Medien als Mittel zum Zweck der schulischen Bildung.) Da Schule ein Ort existentieller Erfahrung ist, hat auch der schulische Umgang mit Schlüsselsituationen menschlicher Existenz lebensprägende Kraft: Wie geht die Schule mit dem Tod eines Mitschülers oder Lehrers um? Wie lebt sie die Zeitgenossenschaft zu großen politischen und kulturellen Ereignissen? Wie geht sie mit der Schwangerschaft einer Schülerin um? Welche Riten des Willkommens und des Abschiedes hat sie zur Verfügung?

Omnipotente Schule ist eine autoritäre Veranstaltung

Es wären noch weitere Schlüsselthemen zu benennen, an denen sich Schulqualität entscheidet: Qualität der Schulleitung, Organigramm und Gremienarbeit, Zusammenarbeit mit Eltern im komplexen Beziehungsdreieck von Schüler-Lehrer-Eltern, Beschwerdeverfahren, Kooperationspartnerschaften etc. Schule ist allerdings auch keine totale Institution. Deswegen gehört zu einer guten Schule zuletzt auch ein selbstkritisches Institutionsverständnis dahingehend, dass sie die Grenzen ihrer Zuständigkeit für sich und gegenüber der Gesellschaft klärt. Das ist sowohl ein dauernde Aufgabe im schulischen Alltag als auch eine Thema der Politik über die Schulpolitik hinaus. Eine verschulte Gesellschaft ist eine totalitäre Gesellschaft, und eine omnipotente Schule ist eine autoritäre Veranstaltung. Beides widerspricht dem Auftrag von Schule in einer demokratischen Bürgergesellschaft: jungen Menschen Voraussetzungen und Hilfen mitzugeben, damit sie in ihrem Leben Verantwortung in Freiheit übernehmen können.

| P. Klaus Mertes SJ

Mitglied des ZdK, Direktor des Kollegs St. Blasien

Vom Pflichtdienst zum Freiwilligendienst

Erfolgreicher Paradigmenwechsel

Die ursprüngliche Befürchtung, die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) könnte die etablierten Jugendfreiwilligendienste gefährden, hat sich nicht bestätigt. Etwa 100.000 Menschen – mehr als je zuvor, absolvieren jährlich einen gesetzlich geregelten Freiwilligendienst.

"Der Mensch von heute hat nur ein einziges wirklich neues Laster erfunden: die Geschwindigkeit." Dieses Zitat des englischen Schriftstellers Aldous Huxley (1894-1963) trifft auch auf die heutige Zeit zu. Möglicherweise sind im Laufe der Jahre noch ein paar Laster hinzugekommen. Aber hektische Betriebsamkeit kennzeichnet auch die Gegenwart. Und so muss man rückblickend feststellen, dass die zum 01. Juli 2011 in Kraft getretene Wehrreform in viel zu großer Eile umgesetzt wurde, respektive umgesetzt werden musste. Die Schnelligkeit, in der grundlegende gesellschaftsrelevante Entscheidungen getroffen wurden, war atemberaubend. Und für den erforderlichen Systemwechsel von staatlichen Pflichtdiensten, die Wehrpflicht und Zivildienst nun einmal waren, zu Freiwilligendiensten wurde viel zu wenig Zeit für eine umfassende und gründliche Vorbereitung eingeräumt. Wofür sich andere Länder ein paar Jahre Zeit genommen hatten musste bei uns in einem knappen Jahr geschehen. Misst man den Erfolg allein an Zahlen, so ist letztendlich alles gut gegangen.

Rückblick

Zur Erinnerung: Es war Ende August 2010, als die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder erste Überlegungen für den Fall vorlegte, dass der Zivildienst in Folge der Wehrpflichtaussetzung enden würde. Zunächst noch "Freiwilliger Zivildienst" genannt wurde aus dem Nachfolgeformat schon bald der "Bundesfreiwilligendienst". Die knappe Zeit war zwar ausreichend, um das entsprechende Gesetz einzubringen, zu beraten und zu verabschieden. Sie war allerdings nicht ausreichend, um im Vorfeld des Starts des BFD alle relevanten Fragen hinreichend zu beantworten und alle Rahmenbedingungen zu klären. Inter-

pretiert man heutige Medienberichte richtig so lässt das den Schluss zu, dass der Systemwechsel von der Pflicht zur Freiwilligkeit im Bereich der Bundeswehr weniger gut gelungen ist als in der Gesellschaft, die auf 50 Jahre Zivildienst zurückblicken konnte.

"Holprig" sei der Start des BFD gewesen, so war es seinerzeit in den Medien zu lesen. Die Fachleute indes verwundert es nicht, dass der BFD seine Zeit benötigt, um ein im Verhältnis zu den etablierten Jugendfreiwilligendiensten gleichermaßen bekannter wie akzeptierter Dienst zu sein. Es gab viele gute Gründe, warum der BFD nicht so schnell in die Gänge kam. Mit durchaus fragwürdigen Mitteln sorgte das zuständige Bundesministerium dafür, dass die Zahlen spürbar nach oben gingen und schon bald als Erfolg nach außen darstellbar waren.

Schneller als erwartet zum Erfolg

Mit der Vorstellung, dass neben den etablierten und erfolgreichen Formaten FSJ und FÖJ plötzlich in staatlicher Verwaltungszuständigkeit ein neuer Dienst errichtet werden sollte, taten sich Viele, darunter auch der Deutsche Caritasverband, anfangs schwer. Aber finanz- und verfassungsrechtliche Gründe ließen keine andere Möglichkeit zur "Rettung" der nicht unerheblichen Mittel aus dem Zivildienstetat zu. Immerhin sollte damit der Einsatz von durchschnittlich 35.000 Engagierten im Jahr ermöglicht werden.

Viel schneller als erwartet wurde der BFD zum Erfolgsmodell. Bereits Ende Januar 2012 waren nahezu alle 35.000 Plätze besetzt. Dieses einerseits sehr erfreuliche Ergebnis hatte jedoch andererseits durch das Erreichen des Ausbaustandes eine Kontingentierung der Plätze zur Folge. Das wiederum hatte in verschiedener Hinsicht als Bremse gewirkt, da alle am Aufbau des BFD Beteiligten von einer prozesshaften Entwicklung ausgegangen waren und sich noch in der Ausbauphase wähnten.

Bekanntheit und Attraktivität des BFD haben – das kann man heute feststellen - unter den anfänglichen Startschwierigkeiten nicht gelitten. So waren im Dezember 2013 bundesweit erstmals mehr als 49.000 Freiwillige im BFD im Dienst. Der Deutsche Caritasverband konnte seinen "Marktanteil" von anfangs 3.900 auf nunmehr etwa 4.300 Plätze vergrößern und gehört damit zu den größten nicht-

staatlichen Zentralstellen.

Schattenseiten

Doch die erfreulich hohen Zahlen haben auch ihre Schattenseite: die Haushaltsmittel sind verplant, Interessierte müssen abgewiesen oder zumindest vertröstet werden. Das ist misslich, weil damit Enttäuschungen verbunden sind. Da es keinen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst gibt, wird sich an diesem Umstand wohl auch nichts ändern. Und Forderungen nach mehr Geld sind zwar berechtigt, bleiben jedoch aus bekannten Gründen unerhört.

Geld alleine macht bekanntlich nicht glücklich und nicht alle Herausforderungen bei den Freiwilligendiensten lassen sich durch mehr Finanzen lösen. Mit FSJ/FÖJ und BFD haben wir attraktive Angebote, die sich nicht gegenseitig den Rang ablaufen. Engagierte selbst merken im Dienstalltag die Unterschiede der Formate kaum: sie definieren sich zu allererst als Freiwillige. Das ist gut so. Für die Verantwortlichen in den Verbänden treten die Unterschiede viel deutlicher zu Tage: der administrative Aufwand und die konzeptionellen Salti, die zu schlagen sind, werden als hinderlich empfunden.

Notwendige Veränderungen

Zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl haben die nicht-staatlichen Zentralstellen im vergangenen Jahr die ihrer Ansicht nach bei der zukünftigen Ausgestaltung der Freiwilligendienste zentralen Punkte benannt:

Mit Einführung des BFD ist der Staat selbst in bisher nicht bekanntem Maß Akteur und sogar Zentralstelle geworden. Diese neue Situation verunsichert die Verbände enorm: eingespielte Rollenverteilungen und –zuschreibungen funktionieren nicht mehr, neues Handeln muss erst noch eingeübt werden. Diese neue Situation empfinden viele als Eingriff in das Subsidiaritätsprinzip. Aufgaben, die andere übernehmen können, wie etwa die politische Bildung der Freiwilligen, dürften nicht vom Staat wahrgenommen werden. Die vielfältigen Rollen und Funktionen des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben sind ebenfalls einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Freiwilligendienste bedeuten auch Bildung und Orientie-

rung. Im FSJ/FÖJ hat es sich bewährt, dass Träger u. a. die Aufgabe der Bildungsbegleitung übernehmen und für die Freiwilligen als zusätzliche Anlaufstelle bei Problemen und Fragen dienen. Dieses sogenannte Trägerprinzip sichert sowohl Bildungsqualität als auch pädagogische Begleitung der Freiwilligen. Grundlegende Rechtskonstruktionen im BFD unterscheiden sich deutlich vom FSJ. Die rechtliche Schärfung der Trägerrolle ist, wenn auch nicht bei allen Zentralstellen gleichermaßen relevant, auch im BFD zu ermöglichen und zu fördern.

Um auch verstärkt Menschen mit besonderem Förderbedarf für einen Freiwilligendienst zu gewinnen, müssen die Anforderungen an Antragstellung und Nachweisführung auf ein angemessenes Maß reduziert werden. Persönlichkeitsrechte sind zu wahren, Stigmatisierung ist zu verhindern. Zu Rechtsunsicherheit sowie zu unnötiger Bürokratie bei den Trägern und Zentralstellen führt die weiterhin bestehende Umsatzsteuerproblematik.

Koalitionsvertrag

Die Koalitionsvereinbarung gibt auf die Herausforderungen nur bedingt Antworten. Die Absicht, Freiwilligendienste "in ihrer bewährten Vielfalt und unter Wahrung ihrer hohen Qualität weiter entwickeln und in zivilgesellschaftlicher Verantwortung ausbauen" zu wollen, lässt allerlei Interpretation zu. Ebenso wenig hilft die Feststellung, dass Freiwilligendienste angesichts des Bildungs- und Orientierungscharaktereumsatzsteuerfrei sind, nicht weiter. Die Verbände fordern seit Jahren Rechtsklarheit durch Gesetz oder Vorschrift ein.

Freiwilligendienste sind "in"! Die reinen Zahlen sprechen für sich. Handlungsbedarf gibt es insbesondere bei der Umsetzung bzw. der Feinabstimmung zwischen den Dienstformen. Die bisherigen Erfahrungen geben uns genügend Anregungen für die Fortentwicklung. Oder, um nochmals Aldous Huxley zu zitieren: "Erfahrung ist nicht das, was einem zustößt. Erfahrung ist, was du aus dem machst, was dir zustößt."

| Michael Bergmann

Leiter des Arbeitsbereichs Engagementförderung im Deutschen Caritasverband (DCV)

6 Kirche Gegen Rechts

Nächstenliebe verlangt Klarheit

Rechtsextremismus aus christlicher Überzeugung bekämpfen

Die katholische Jugendarbeit in Deutschland setzt sich, auch gemeinsam mit evangelischen Partnern, gegen Rechtsextremismus, insbesondere gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, ein.

Die Jugendpastoral in Deutschland schaut in diesen Monaten immer wieder auf die Situation von Flüchtlingen. Die Aktion Dreikönigssingen 2014 hatte das Thema "Flucht" in den Mittelpunkt gestellt und den Teilnehmenden Arbeitsmaterialien an die Hand gegeben, um sich mit der Situation von Flüchtlingskindern, die in Malawi gestrandet sind, auseinandersetzen zu können. Beim kommenden "Josefs-tag" am 19. März, dem jährlichen Aktionstag der Katholischen Jugendsozialarbeit, steht die Situation von jungen Flüchtlingen, die in den Einrichtungen unserer Jugendsozialarbeit gefördert werden, thematisch im Fokus. Auch zahlreiche Diözesan- und Mitgliedsverbände des BDKJ (Bund der deutschen katholischen Jugend) nehmen sich des Themas an und protestieren dabei vor allem gegen die Flüchtlingspolitik der "Festungen" der Europäischen Union und Deutschlands und damit im Tenor mit Papst Franziskus dagegen "einen Lebensstil vertreten zu können, der die anderen ausschließt (...)" und die damit verbundene Entwicklung einer "Globalisierung der Gleichgültigkeit" (Evangeli Gaudium, 54).

Fluch geschieht aus schwerwiegenden Gründen

Circa 45 Millionen Menschen sind heute weltweit auf der Flucht. Sie verlassen ihre Heimat, fliehen vor Krieg und Gewalt, vor ethnischen Auseinandersetzungen und Armut, vor Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst. Ein Mensch, der seine Heimat verlässt, tut das nicht aus Spaß. Es sind sehr ernsthafte Gründe, warum Menschen dazu getrieben werden – und sie erhoffen sich, entweder an einem neuen Ort oder in einem neuen Land Sicherheit und eine Zukunftschance zu haben, oder dass sie eines Tages wieder zurückkehren können. Die meisten Flüchtlinge sind dabei Binnenflüchtlinge. Sie bleiben im eigenen Land oder

zumindest in der Nähe ihres Heimatlandes. Nur wenige nehmen den gefährlichen Weg auf sich, um in die reichen und wohlhabenden Länder zu gelangen. Häufig bezahlen Flüchtlinge die Reise in eine vermeintlich bessere Zukunft mit ihrem Leben. Die wenigsten, die es bis dahin schaffen, erfahren keine herzliche Aufnahme. Gerade in Europa und noch viel mehr in Deutschland als europäischem Binnenland schlagen ihnen überfordernder Bürokratismus oder offene Feindlichkeit entgegen.

Angst vor "Überfremdung" und "Sozialscharotzern"

Menschen auf der Flucht haben viel Leid und Gefahr hinter sich. Es ist ein Skandal, dass sie in einem sicheren Rechtsstaat wie Deutschland gedemütigt werden und Asylbewerberheime fremdenfeindlichen Aktionen ausgesetzt sind, denen Christinnen und Christen entschieden entgegentreten müssen. Doch nicht nur Flüchtlinge aus fernen Ländern sind dieser Fremdenfeindlichkeit bis hin zu rechtsextremistischer Gewalt ausgesetzt. Auch Menschen, die aufgrund der europäisch vereinbarten Reise- und Aufenthaltsfreiheit nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten und zu leben, werden angefeindet – offen oder verdeckt – weil europäische Freizügigkeit fälschlicherweise mit Missbrauch in Verbindung gebracht wird, begleitet von geschürten Ängsten vor "Überfremdung" und "Sozialscharotzern".

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus

Es ist unbestreitbar, dass es in Deutschland eine unterschwellige Fremdenfeindlichkeit gibt, einen Alltagsrassismus, der viele Bevölkerungsschichten erreicht. Christinnen und Christen müssen ein wirksames Zeichen dagegen setzen und für eine offene und tolerante Gesellschaft einstehen. Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass wir gegen rassistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und in unserer Kirche angehen müssen. Dabei sind es nicht nur die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, auch die jüngere und jüngste Geschichte hält genügend Beispiele bereit. Egal ob in Hoyerswerda, Berlin-Hellersdorf, Frankfurt oder im bayerischen Voralpenland, auch heute noch müssen Menschen in Deutschland wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität, ihrer sexuellen Orientierung Angst um ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit haben.

Kirche Gegen Rechts

Christlicher Glaube und Rechtsextremismus sind unvereinbar

"Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven, nicht Freie, nicht Frau und Mann; denn ihr alle seid "Einer" in Jesus Christus" (Galater 3,28). Mit diesen Worten hat der Apostel Paulus die Kirche als eine Gemeinschaft beschrieben, in der die Unterschiede der Menschen wahrgenommen werden, aber keine Trennung bei der Wertschätzung oder bei der Teilhabe an der Gemeinde zur Folge haben. Diese christliche Botschaft und der gesellschaftliche Konsens über die Menschenrechte sind mit Rechtsextremismus unvereinbar. Wir Christen glauben an einen Gott, der jedem Menschen zu einer eigenen und unauslöschbaren Würde verhilft, ganz gleich ob dieser Mensch in Spanien, Rumänien, Syrien oder Deutschland geboren wurde. Es wird nicht unterschieden nach Aussehen und Art, nach Nationen und Kulturen. Allen Menschen kommt dieselbe Würde zu, weil sie alle Kinder des einen Vaters sind.

Kreativer Widerstand

Als katholische Kirche, als einzelner Christ und einzelne Christin, als Verbände und Organisationen und auch als Amtsträger müssen wir uns mutig gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aller Art engagieren und uns für eine offene, eine tolerante und lebenswerte Gesellschaft einsetzen. Dieser Einsatz kann durch Beteiligung an Gegendemonstrationen genauso geschehen, wie bei vielfältigen kreativen Aktionen, wie beispielsweise im Rahmen der "Meile der Demokratie", die sich bereits zum sechsten Mal in Magdeburg jährt, oder indem katholische Priester bei NPD-Veranstaltungen die Kirchenglocken läuten lassen und so die Kundgebungen stören – alles Beispiele für Zivilcourage für eine menschliche und demokratische Gesellschaft.

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Diese Auffassung, dass das bewusste Entgegenreten gegen Rechtsextremismus und für unsere Demokratie eine Christen- und Christinnenpflicht ist, teilen die bislang drei Dutzend katholischen und evangelischen Organisationen und Verbände, die sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft

Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) zusammengeschlossen haben. Der Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ), Pax Christi und das Bistum Magdeburg sind bislang die Organisationen aus den Reihen der katholischen Kirche, die sich bewusst entschieden haben Teil dieses ökumenischen Bündnisses zu werden. Die BAG Kirche und Rechtsextremismus wurde am 12. Februar 2010 in Dresden gegründet – im Vorfeld von Europas größtem Neonaziaufmarsch. Seitdem tritt das Bündnis der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in ihren vielfältigen Ausprägungen in- und außerhalb der Kirche konstruktiv entgegen. Die BAG Kirche und Rechtsextremismus unterstützt bei der Vernetzung und Beratung, vermittelt Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort und setzt sich inhaltlich bei Veranstaltungen und in Publikationen aktiv für Demokratie und Menschenrechte ein. Ein besonderes Interesse ist es dabei, der Bagatellisierung von Rechtsextremismus und alltäglichem Rassismus entgegenzuwirken und rassistische Vorurteile und Einstellungen zu überwinden. Damit stehen wir in diesem Bündnis ein für eine Gesellschaft, die den Menschen, die fremd oder flüchtig sind, eine echte Heimat, ein Zuhause bietet.

Ein Zuhause geben

Wenn der kommende Josefstag unter dem Thema "flüchtig – Jugend braucht Perspektive" uns vor Augen führt, wie Jugendliche aufgrund politischer Verfolgung oder sozialer Not Deutschland erreichen, Jugendliche "flüchtig" sind vor Armut oder Gewalt, dann geht es auch um die konkrete Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe mit jungen Menschen, die nach Deutschland kommen, fremd sind, Fluchterlebnisse mit sich tragen. Der Josefstag möchte deutlich machen, dass diese jungen Menschen in den Einrichtungen der katholischen Jugendsozialarbeit einen Ort finden, wo sie sich zuhause und vor allem sicher und in ihrer ganzen Menschenwürde angenommen fühlen können. Und gemeinsam müssen wir uns als Christinnen und Christen dafür einsetzen, dass es viele dieser Orte gibt – wo Menschen, die zu uns kommen, auch wirklich ankommen können und sich zuhause fühlen.

| [Lisi Maier](#) |

BDKJ-Bundesvorsitzende

| [Pfarrer Simon Rapp](#) |

BDKJ-Bundespräses, Mitglieder des ZdK

Bischof in dieser Zeit

Wesentliches und Zeitbedingtes unterscheiden

Derzeit sind - und werden in naher Zukunft - in Deutschland zahlreiche Bischofsstühle neu zu besetzen sein. In der Öffentlichkeit wird in diesem Zusammenhang viel über Verfahren und Namen diskutiert. Zu wenig wird darüber gesprochen, welche Voraussetzungen jemand mitbringen sollte, der dieses Amt übernimmt.

Nach katholischer Überzeugung bilden die Bischöfe unter der Leitung des Bischofs von Rom den kollegialen Führungskern der Kirche, der in der Nachfolge des von Jesus Christus berufenen Apostelkollegiums steht. Dieser Gedanke, der vom II. Vatikanischen Konzil in der Kirchenkonstitution *Lumen gentium* bekräftigt wurde, steht im Einklang mit frühen Entwicklungen in der alten Kirche. Das Bischofsamt ist also zugleich eine Stiftung Jesu Christi und ein Phänomen der Kirchengeschichte. Tatsächlich haben das Verständnis, die Gestalt und die Praxis des Bischofsamtes im Verlauf der Geschichte mancherlei Wandel erfahren. So wie das Evangelium sich bei seiner Verkündigung mit der Kultur unterschiedlicher Zeiten und Völker verbindet, so steht auch die Art, wie die Kirche lebt und sich als Gemeinschaft ordnet und gestaltet, im Zusammenhang mit den zeitbedingten Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und staatlicher Ordnung. Da auch Christen Kinder ihrer Zeit sind, kann die Versuchung übermächtig sein, den Unterschied zwischen Wesentlichem und Zeitbedingtem nicht zu sehen oder gar nicht sehen zu wollen. Dabei bietet uns die Kirchengeschichte eine Überfülle von Beispielen dafür, wie notwendig eine solche Unterscheidung ist und wie verhängnisvoll die Konsequenzen sein können, wenn man deren Notwendigkeit nicht begreift.

Glaubwürdige Persönlichkeit

Gewiss ist dies auch eine rechtliche und strukturelle Angelegenheit. Vor allem aber ist es eine Frage nach der persönlichen Einstellung und dem mitmenschlichen Umgangs. Im Kern lebt die Antwort auf diese Frage für Christen aus unserem Glauben, in Bezug auf die konkreten Ideale und Leitbildern jedoch aus dem, was wir in unserer Zeit und Umwelt erfahren. Auch wenn unsere westliche Gesellschaft keine homogene Größe ist, so entfalten doch ihre Idea-

le der Freiheit, der Gleichheit und der Geschwisterlichkeit eine prägende Wirkung. Das gilt in besonderem Maße für Inhaber öffentlicher Ämter, weil von ihnen ein gutes Beispiel erwartet wird. Im allgemeinen Verständnis ist der Bischof eine solche öffentliche Führungspersönlichkeit. Was ihn von diesen unterscheidet, ist, dass man in ihm – innerkirchlich wie außerkirchlich - vor allem den Seelsorger, den Prediger und den Theologen sieht. Das bedeutet nicht, ein Bischof müsse in diesen drei Rollen mit Spitzenleistungen glänzen. Auch andere öffentliche Führungspersönlichkeiten genügen ihren Anforderungen als Menschenkenner, Fachleute und Redner mit gleich hohem Niveau eher selten. Entscheidend ist vielmehr für diese wie für die Bischöfe, dass man ihnen das ehrliche Bemühen für ihre Sache abnimmt und sie für glaubwürdige Persönlichkeiten hält.

Vorsteher der Ortskirche und Mitverantwortlicher der Weltkirche

Eine Persönlichkeit steht zunächst einmal für sich selbst. Eine Führungspersönlichkeit steht zugleich für andere und für das Wohl der ihr anvertrauten Gemeinschaft. Die Geschichte kennt höchst unterschiedliche Arten von Führung. Auch das Amt eines katholischen Bischofs ist schon sehr unterschiedlich praktiziert worden, so als geistlicher Monarch und als päpstlicher Statthalter. Auch als weltlicher Fürst. Die Geschichte ist gewiss ein wertvolles Lehrbuch, doch manche Seiten zeigen, wie man es heute auf keinen Fall machen darf. Der katholische Bischof steht im Kreuzungspunkt zweier Verantwortungen: Der als Vorsteher seiner Ortskirche und der als Mitverantwortlicher der Weltkirche. In beiden Richtungen ist er als jemand gefordert, der zusammen mit anderen führt und entscheidet.

Überzeugend, gewinnend, bewegend, ermutigend

In einer dem Freiheitsgedanken zugewandten Gesellschaft kann niemand seinen Führungsanspruch allein auf Glaubenssätze und Rechtstitel gründen. Das gilt auch für Bischöfe, was immer die theologischen und kanonischen Argumente für ihre Amtsautorität sein mögen. Vielmehr muss der Bischof willens und in der Lage sein, Menschen dadurch zu führen, dass er sie überzeugt und gewinnt, bewegt und ermutigt. Dazu bedarf es vor allem einer verständlichen und verständnisvollen Kommunikation – nach innen wie nach außen. Gemeinsames Verstehen dessen,

was richtig und notwendig ist, führt zur gemeinsamen Entscheidung und zum gemeinsamen Handeln. Wer das erreichen will, muss zugleich selbstbewusst und zugänglich sein. Die Gefahr jedes Amtes ist die Einsamkeit. Gewiss gibt es für jeden Amtsträger, nicht nur für Bischöfe, Situationen, in denen er vor seinem Gewissen Entscheidungen allein treffen und auch gegen Widerstand durchstehen muss. Ein Normalzustand kann das nicht sein, jedenfalls nicht innerhalb der Kirche.

Gesprächsbereit

Wer Entscheidungen trifft, sollte von Grundsätzen bestimmt sein. Ohne Grundsätze führt eine bequeme Straße rasch in den Abgrund des Opportunismus. Dennoch muss ein Bischof, wie jeder Amtsträger, stets bedenken, was seine Entscheidungen praktisch bewirken. Denn die Realität kann nur mit realistischen Mitteln verändert werden. Die gute Absicht allein bewirkt wenig bis nichts. Und taugt nicht einmal als Entschuldigung von Misslingen. Auch ein einsamer Entschluss, der zwingend sein kann, sollte am Ende eines Weges abwägender Gespräche stehen. Es ist wahr, dass Gespräche belasten können, weil sie sinnlos erscheinen. Doch nichts ist verheerender in dieser Gesellschaft und für die Kirche als die Unfähigkeit und der Unwille zum Gespräch, sei es vertraulich oder öffentlich.

Lernen wollen und vertrauen

Eine alte Beschreibung für den Dienst eines Bischofs ist der eines Brückenbauers, eines Pontifex. Auch wenn die sprachgeschichtliche Herleitung umstritten ist, so trifft doch dieses Bild das Wesen des Bischofsamtes: Brücken zu bauen zwischen der Glaubensbotschaft und dem konkreten Leben der Menschen, zwischen Ortskirche und Weltkirche, zwischen Kirche und Gesellschaft, zwischen den Erfahrungen der Vergangenheit, den Herausforderungen der Gegenwart und den Chancen und Risiken der Zukunft. Dafür braucht der Bischof Offenheit und Festigkeit, Kreativität und Grundsatztreue, Mut und Augenmaß. Und wie jeder Amtsträger, der seiner Aufgabe über längere Zeit gerecht werden will, benötigt er nicht nur ein umfassendes und vielgestaltiges Wissen, sondern er muss auch fähig und bereit sein, dieses ständig zu erweitern und zu erneuern. Jedenfalls braucht er mehr, als ein Mensch allein aus sich heraus zu leisten vermag. Darum muss sich ein Bischof

um seine Mitchristen und Mitmenschen bemühen, er muss Menschen mögen und mit ihnen können. Denn er ist auf ihr Vertrauen und auf ihren Rat angewiesen. Auch auf ihr kritisches und widersprechendes Wort. Ja, er muss von ihnen lernen wollen. Wer meint, ein Bischof könne auf den Rat anderer und auf das Vertrauen gewählter Gremien verzichten, weil ihn das geltende kirchliche Gesetzbuch dazu nicht verpflichte oder weil er vom Heiligen Geist persönlich berufen sei, ist auf dem Holzweg, wenn nicht sogar auf dem Weg in die Katastrophe. Denn die Zusage des Heiligen Geistes wirkt auch für den Bischof vor allem im geschwisterlichen Miteinander.

Im Dialog mit Eheleuten

Ein altes und gern verwendetes Bild für den Bischof ist das eines Vaters. Das ist gewiss ein schönes Bild, aber es kann auch gründlich missverstanden werden. Denn die meisten Menschen in einem Bistum sind lebenserfahrene, vielfältig gebildete, fachlich kompetente und berufstätige Erwachsene. Einige haben auch solide Kenntnisse in Theologie und Kirchengeschichte. Wer sie wie Söhne und Töchter behandelt, wird sich den Zugang zu ihnen eher verstellen als eröffnen. Auch ist zu bedenken, warum der erste Timotheusbrief (3, 1-7) fordert, dass der Bischof "ein guter Familienvater" sei: Weil er damit über die gleichen Einsichten und Erfahrungen verfügt wie die anderen Familienväter in der Gemeinde. Es ging Paulus also um "gleiche Augenhöhe". Wenn katholische Bischöfe heute aus guten Gründen ehelos leben, bedürfen sie in besonderem Maße des Austausches mit lebensklugen Eheleuten und Eltern. Denn deren Haltungen und Ansichten erschließen ihnen einen spannungsvollen und widersprüchlichen Teil unserer Wirklichkeit.

Das sind meine zwölfjährigen Erfahrungen als weltlicher Amtsträger. Mögen die meisten Bischöfe, die ich kenne, sie als Bestätigung dessen lesen, was sie tun und denken.

| Prof. Dr. Hans Joachim Meyer |
Mitglied des ZdK, ehemaliger Präsident

Mit Christus Brücken bauen

In Gesellschaft und Kirche

Vom 28. Mai bis 1. Juni dieses Jahres findet in Regensburg der 99. Deutsche Katholikentag statt. Ende Januar hat der Präsident des ZdK, Alois Glück, wesentliche Schwerpunkte des Programms vorgestellt. Wir dokumentieren Auszüge aus seinem Statement.

Ein Katholikentag ist schon immer ein Ort des Dialogs katholischer Christen mit Gesellschaft und Politik. Nach innen, in der Gemeinschaft der Gläubigen, soll er Orientierung geben in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialetischen und kulturellen Fragen. Nach außen will er in Dialog treten mit gesellschaftlichen Gruppen und politischen Gestaltern über die Fragen und Herausforderungen der Zeit. Der Katholikentag ist aber auch ein Ort der Selbstvergewisserung über den Weg der Kirche in der Welt und über Fragen, die das pastorale Wirken der Kirche betreffen. Katholikentage sind ein Ort, an dem die "Stimme der Laien" ertönt und ertönen soll. ...

Im Zeichen von Papst Franziskus

... Ein Schwerpunkt des Programms, und zwar sowohl gesellschaftlich wie kirchlich, wird sich mit Fragen beschäftigen, die Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben "Evangelii Gaudium" gestellt hat. Wie ein roter Faden durchzieht die Aufforderung zum Dialog das ganze Schreiben. Franziskus betont drei Bereiche, in denen eine dialogisch Präsenz der Kirche gefordert ist: "im Dialog mit den Staaten, im Dialog mit der Gesellschaft – der den Dialog mit den Kulturen und den Wissenschaften einschließt – und im Dialog mit anderen Glaubenden, die nicht zur katholischen Kirche gehören." (EG 238) Lassen Sie mich exemplarisch drei Bereiche anführen:

"Wenn einer das Evangelium liest, findet er eine ganz klare Ausrichtung", schreibt Franziskus in Evangelii Gaudium 48, "nicht so sehr die reichen Freunde und Nachbarn, sondern vor allem die Armen und die Kranken, diejenigen, die häufig verachtet und vergessen werden, die 'es dir nicht vergelten können' (Lk 14, 14). Es dürfen weder Zweifel bleiben, noch halten Erklärungen stand, die diese so klare Botschaft schwächen könnten." Dieser Aufforderung des Papstes werden wir in dem Podium "Arme Kirche – glaubwürdige Kirche? – Ein Papst provoziert" nachgehen.

In Ziffer 108 betont Franziskus: "Die Laien sind schlicht die riesige Mehrheit des Gottesvolkes. In ihrem Dienst steht eine Minderheit: die geweihten Amtsträger. Das Bewusstsein der Identität und des Auftrags der Laien in der Kirche ist gewachsen. ... Doch die Bewusstwerdung der Verantwortung der Laien, die aus der Taufe und der Firmung hervorgeht, zeigt sich nicht überall in gleicher Weise." Im Podium "Das II. Vatikanum heute: Auftrag der Laien" wollen wir unsere Verantwortung als Laien für die Sendung der Kirche herausarbeiten.

Der in Evangelii Gaudium formulierte Auftrag geht weit über die Kirche hinaus in die Welt. "Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen. Das Wachstum in Gerechtigkeit erfordert etwas, das mehr ist als Wirtschaftswachstum", fordert Papst Franziskus in Ziffer 204. Im Podium "Geld oder Leben? – Was uns wirklich reich macht" wollen wir nach diesem Weg suchen. ...

Gesellschaftlich, politischer Dialog

Wir leben politisch in einer Situation des Umbruchs. Die ständige Zunahme der Zahl und der Geschwindigkeit der Krisen in der Welt belegt dies. "Weiter so" funktioniert nicht mehr! Nationale und internationale Politik stehen vor der Herausforderung, tiefgreifende Wandlungsprozesse zu gestalten. Wir werden mit allen anderen Völkern dieser Erde eine immer mehr voneinander abhängige Schicksalsgemeinschaft. Wir wachsen immer mehr zusammen und gleichzeitig wachsen die Spannungen innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Gesellschaften, den Völkern und den Kontinenten. Soziale, kulturelle, ethnische und auch religiöse Spannungen, Verteilungskonflikte um Wasser, Nahrungsmittel, Lebensräume, Energie und Rohstoffe, wachsende Flüchtlingsströme, die Zunahme von Wetterextremen – dies alles fordert uns heraus, vor allem auch in unserer Verantwortung als Christen, Brücken zu bauen: Brücken zu bauen im Sinne christlicher Solidarität, mit einer Verantwortung, die über das Eigeninteresse hinaus greift. ...

Brücken bauen in Europa

In der europäischen Perspektive werden wir 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem

Katholikentag Programm

Mauerfall den Blick besonders auf den Dialog mit den Ländern und Gesellschaften Mittel- und Osteuropas lenken. Die Nachbarschaft Regensburgs zu Tschechien, seine Lage an der Donau legt diese Perspektive nah. Wir wollen uns fragen, was dieser historische Umbruch für die Gestaltung Europas und unseres Landes bedeutet. Veranstaltungen aus diesem Themenkreis werden u.a. die Podien "Freiheit im Wandel – Mittel- und Osteuropa nach 1989", "1914 – Wo bleibt der Friedensfürst? – Die Katholiken und der Erste Weltkrieg", "Flüchtlinge. Europas Herausforderung – Europas Verantwortung" sein. Wir freuen uns, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel zugesagt hat, an einer Diskussion zum Thema "Hat die Welt noch einen Platz für Europa?" teilzunehmen.

...

Brücken bauen in sozialen und ökologischen Fragen

Einen weiteren Programmschwerpunkt könnte man ‚Brücken bauen in sozialen und ökologischen Fragen‘ überschreiben. Hier geht es vorrangig um die Themen aus dem Bereich Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Wie definieren wir als Christen "Lebensqualität", wie "Wohlstand"? Wie wollen wir angesichts der Krisen und unserer Aufgaben den weiteren Fortschritt gestalten? Welchen Fortschritt wollen wir? Was ist der notwendige Fortschritt für morgen? Wir wollen als Christen den Wandel nicht erleiden, sondern den Wandel aktiv mitgestalten! Entwickeln wir als Christen eine Alternative zu der Konsumgesellschaft mit ihrem Raubbau an den Zukunftschancen der nachkommenden Generationen und der anderen Völker! Entwickeln wir eine zukunftsfähige Kultur!

An der Frage, wie wir künftig leben wollen, entscheidet sich die Zukunft, nicht nur in unserem eigenen Land. Hierzu gehört aktuell nicht zuletzt die Sorge, wie bei uns in Deutschland als Gemeinschaftswerk die Energiewende gelingt. Dies ist mehr als eine organisatorische, technische Frage. "Energiewende gerecht gestalten!", "Maß und Mitte – Managergehälter und Mindestlohn – Gibt es einen gerechten Lohn?", "Den Globus verfrühstücken – Nachhaltige Entwicklungsziele – Diätplan mit Erfolgsaussichten?", "Unbezahlbare Gerechtigkeit? – Was uns eine nachhaltige Entwicklung wert sein soll" lauten hier einige Podiumstitel.

Religion, Staat und Gesellschaft

Zu den für uns besonders wichtigen Zukunftsthemen gehört

das Verhältnis von Religion, Staat und Gesellschaft. Zwischen diesen Bereichen müssen die Brücken erhalten werden und immer wieder neu gebaut werden. Wir sind sehr froh, dass uns Bundespräsident Joachim Gauck zugesagt hat, an einer Veranstaltung zum Thema "Wie viel Religion verträgt die säkulare Gesellschaft?" teilzunehmen.

Lebensschutz und Bioethik

Hochaktuell sind gerade heute die großen ethischen Fragen des Lebensschutzes und der Bioethik. Dieser Katholikentag wird hier ein klares Profil zeigen. Der Schutz des Lebens von Anfang bis Ende ist ein Schwerpunkt unserer thematischen Arbeit. Fortschritte in der Biomedizin stellen uns hier genauso vor Herausforderungen wie eine Gesellschaft des langen Lebens mit den Fragen nach Betreuung, Pflege und menschenwürdigem Sterben. "Organspende – Selbstverständlich! Keinesfalls!", "Gutes Sterben – ein Widerspruch? – Wie natürlich ist der Tod?", "Untragbar dement – ab über die Grenze? – Plädoyer für eine lebensraumnahe Pflege" sind hier Themen.

Brücken bauen in unserer Kirche

Die Aufforderung von Papst Franziskus, an die Ränder der Gesellschaft zu gehen, uns neu den Armen und Bedrängten zuzuwenden, den Menschen in den Mittelpunkt unserer Verkündigung zu stellen, müssen wir auch in der Kirche in Deutschland neu bedenken. Wie müssen wir unser Kirche auch im Inneren reformieren, um eine barmherzige und mitfühlende Kirche werden zu können. ...

Regensburg ist auch ein wichtiger Baustein im Dialogprozess der katholischen Kirche in Deutschland, der zum Brücken bauen herausfordert. Es geht darum, Themen aufzugreifen und zu vertiefen, die diesen Prozess bisher geprägt haben: die Rolle der Frau in der Kirche, der Dienst der Laien an der Verkündigung und ihre Mitwirkung an der Leitung der Kirche, der Umgang mit geschiedenen Wiederverheirateten und nicht zuletzt die Sexualmoral. Angesichts der sinkenden Zahl der Gläubigen und des Rückgangs von Priestern ist die wohl wichtigste Frage für unsere Kirche. "Wie kann Kirche vor Ort bei den Menschen bleiben?" ...

| Alois Glück
Präsident des ZdK



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

SET-FREE erhält den Preis der Deutschen Katholikentage

Auszeichnung für Engagement im Resozialisierungsprozess

Der Verein SET-FREE der EMMAUS-Bewegung, der sich für die gesellschaftliche Wiedereingliederung von Straftäter der JVA Straubing einsetzt, darf sich über die Auszeichnung mit dem diesjährigen Preis der Deutschen Katholikentage freuen.

"SET FREE der EMMAUS-Bewegung erhält den Preis der Deutschen Katholikentage, da sich der Verein gemäß des diesjährigen Leitwortes "Mit Christus Brücken bauen" mit den Menschen befasst, die ausgegrenzt sind, schwach, am Rande der Gesellschaft und ihnen Perspektiven zurück in die Gesellschaft ermöglicht" heißt es dazu in der Jurybegründung. Der Preis ist dotiert mit 3.000€. Der Preisträger erhält zudem eine Urkunde und eine Skulptur des Heilbronner Künstlers Raphael Seitz, der 2010 zum Päpstlichen Glaskünstler ernannt wurde.

SET-FREE – das Netzwerk für Gefangene – wurde 2008 von Mitgliedern der EMMAUS-Bewegung Deutschland gegründet. Im Zentrum der gemeinsamen Arbeit von Betroffenen, erfahrenen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen steht das Leitbild des Vereins: "Wir leiten Gefangene in ihrer Entwicklung an, ein ganzheitliches, verantwortungsvolles und selbstbestimmtes Leben zu führen und setzen uns dafür ein, dass Politik und Gesellschaft diese Weg fördern."

Das Unterstützungs-Netzwerk SET-FREE setzt sich für einen aus mehreren Elementen bestehenden Resozialisierungsprozess ein. Die Begegnung mit Haftentlassenen, die

Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensgeschichte und die Übertragung von Verantwortung auf die Gefangenen sollen zu einem Neuanfang ohne Sucht, Gewalt und Kriminalität motivieren. Dabei spielt die Vermittlung und Bedeutung von Spiritualität und von einem christlichen Selbstverständnis der Gefangenen eine große Rolle.

SET-FREE folgt der Vision und dem "Traum von einer Gesellschaft der Barmherzigkeit, die den Menschen hinter Gittern eine Chance zur Umkehr gibt und die es möglich macht, dass aus Straftätern Täter der Liebe werden". Darin wird deutlich, dass es sich der Verein auch zur Aufgabe macht, in der Gesellschaft ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Unterstützung von ehrenamtlich Engagierten, wie es sie bei SET-FREE gibt, für den Resozialisierungsprozess von Gefangenen, dringend gebraucht wird.

Mittlerweile ist SET-FREE bundesweit in ca. 20 Gefängnisgruppen aktiv. Die jetzt ausgezeichnete Gruppe der JVA Straubing ist das "Leuchtturmprojekt" des Vereins, weil dort die verschiedenen Elemente, mit denen SET-FREE arbeitet, beispielhaft erprobt wurden und noch heute am stärksten vertreten sind.

Zur Anerkennung und Förderung beispielhafter Projekte stiftet das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) den Preis der Deutschen Katholikentage – Aggiornamento-Preis. Erstmals wurde er beim Katholikentag 2012 in Mannheim vergeben.

Der Preis ist dotiert mit insgesamt 10.000 Euro und stammt aus den Mitteln der Stiftung LUMEN GENTIUM – STIFTUNG DEUTSCHER KATHOLIKEN.

Das Preisgeld kann auf mehrere Bewerber verteilt werden und so wurden in diesem Jahr neben SET-FREE auch noch das Mentoring-Programm für Studentinnen mit Behinderung des Hildegardis-Vereins sowie das Projekt des Maximilian-Kolbe-Werkes "Demokratieerziehung" an sächsischen Schulen ausgezeichnet.

Mehr über die Preisträger erfahren Sie unter:
<http://set-free-network.de/pages/die-vision.php>
<http://www.mentoring-projekt.de/>
<http://www.maximilian-kolbe-werk.de/>

| Eva Maria Plettenberg |

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoerner